



Landeshauptstadt
München

Direktorium

Koordinierungsstelle
für gleichgeschlechtliche
Lebensweisen

Zwischen allen Welten

Überlegungen zur Situation lesbischer Migrantinnen
und schwuler Migranten in München

Impressum

Herausgeberin
Landeshauptstadt München
Direktorium
Hauptabteilung II
Koordinierungsstelle
für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
Angertorstraße 7 (Eingang Müllerstraße)
80469 München

Text
Andreas Unterforsthuber
Telefon: (089) 23000942
E-Mail: a.unterforsthuber@muenchen.de
Internet: www.muenchen.de/koordinierungsstelle

Foto
Presse- und Informationsamt
Michael Nagy

Gestaltung
Stadtkanzlei, Satz und Grafik
Ingrid Fidelak

Druck
Stadtkanzlei
1. Auflage 2007

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkungen	5
2.	Menschenrechtssituation zur Homo-, Bi- und Transsexualität	6
3.	Psychische Belastungen lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten	8
4.	Soziale Probleme lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten	9
5.	Situation innerhalb der schwullesbischen Gemeinden	10
6.	Jugend, Gewalt und Stigmatisierung	11
7.	Rechtliche Probleme	13
8.	Transgender und Migration	15
9.	Ausblick	16

1. Vorbemerkungen

Am 23.11.2006 hat der Münchner Stadtrat die Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München beschlossen. In den Leitsätzen des Integrationskonzeptes ist festgelegt, dass alle Integrationsmaßnahmen auch auf ihre Auswirkungen in Hinblick auf die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen zu überprüfen sind.

Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen legt deshalb hier einige Überlegungen zur Lebenssituation lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten vor. Der Hauptaugenmerk wird dabei auf mögliche Probleme dieser Bevölkerungsgruppe gelegt. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass – wie alle Migrantinnen und Migranten – natürlich auch lesbische und schwule Menschen mit Migrationshintergrund über viele Kompetenzen und Ressourcen verfügen, die eine soziale und kulturelle Bereicherung für die ganze (Stadt-)Gesellschaft bedeuten.

Das Verhältnis zwischen homosexueller und nichthomosexueller Bevölkerung deutscher und nichtdeutscher Herkunft ist ein klarer Indikator dafür, inwieweit Integration gelungen und Toleranzentwicklung in der Bevölkerung fortgeschritten ist.

Auf beiden Seiten, der deutschen wie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, bestehen gegen abweichende sexuelle Identitäten nach wie vor deutliche und ausgeprägte Ressentiments. Während diese in Teilen der deutschen Bevölkerung durch die Gesellschaftsentwicklung der letzten 15 Jahre kulturell überdeckt werden (nichtsdestotrotz aber vorhanden und wirksam sind!), werden sie bei Teilen der Migrationsbevölkerung deutlicher sichtbar.

Die Lebenssituation von lesbischen Migrantinnen und schwulen Migranten ist daher zusätzlich zu den für alle Migranten bestehenden Schwierigkeiten von verschiedenen Problemlagen geprägt, die im Folgenden dargestellt werden. Ob und wie stark individuelle Lebenslagen von diesen Punkten betroffen sind, hängt von vielen Faktoren ab (wirtschaftliche Lage, Sicherheit des Aufenthaltstitels, familiäre und soziale Ressourcen und Unterstützung usw.).

2. Menschenrechtssituation zur Homo-, Bi- und Transsexualität

Die Menschenrechtssituation für homo-, bi- und transsexuelle Menschen war im Jahr 2006 Gegenstand einer Großen Anfrage an die Bundesregierung.

Demnach sind einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen des gleichen Geschlechts in ca. 82 Staaten (von 192 Staaten weltweit) verboten und werden strafrechtlich geahndet. Das Strafmaß geht von Geldstrafen über teilweise erhebliche Haftstrafen (z.B. bis zu 25 Jahre in Trinidad), körperlichen Züchtigungen (z.B. Stock- und Peitschenhiebe) bis hin zur Todesstrafe. (Deutscher Bundestag, Drucksache 16/2800 vom 14.12.2006)

„Am 19. Juli 2005 wurden im Iran zwei minderjährige Jugendliche aufgrund einer einvernehmlichen homosexuellen Beziehung öffentlich hingerichtet, der Hinrichtung gingen ebenfalls öffentlich zahlreiche Peitschenhiebe voraus.“

(Wikipedia u.a.)

„Auch in den USA finden Übergriffe auf sexuelle Minderheiten statt. Im September 2005 stellte die US-Sektion von amnesty international in einem Bericht dar, dass Polizeiübergriffe gegen Menschen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell oder transgender identifizieren, weit verbreitet sind.“

(amnesty international, Journal Mai 2006)

„Sie schlossen mich ein und schickten jeden Tag einen Mann, der mich vergewaltigte. Als ich schwanger war, zwangen sie mich, ihn zu heiraten.“ Der Bericht eines jungen Mädchens aus Simbabwe schildert, wie ihre Familie versuchte, sie von ihrem Lesbischsein zu „kurieren“. Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall. Frauen, die sich als lesbisch outen, werden von ihren Familien häufig gezwungen, zu heiraten und sexuelle Beziehungen zu Männern zu haben.

(amnesty international, Journal Juli/August 2001)

Neben diesen drastischen strafrechtlichen Problemen gibt es in sehr viel mehr Ländern rechtliche Diskriminierungen, die in der Öffentlichkeit nur bedingt als Menschenrechtsverstöße wahrgenommen werden. Gerade in der jüngeren Zeit hat sich z.B. in der Diskussion um Antidiskriminierungsgesetzgebung oder die Einführung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften auch in westeuropäischen Staaten gezeigt, dass es massive politisch und kirchlich-religiös motivierte Widerstände gegen eine Gleichbehandlung von Lesben, Schwulen, bi- und transsexuellen Menschen gibt.

Bei der Betrachtung der Menschenrechtssituation sollte man daher nicht der Versuchung erliegen, dies nur als Problem bestimmter Staaten in Afrika oder dem Nahen Osten wahrzunehmen. Abwertende gesellschaftliche Haltungen und Stigmatisierungen gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern bestehen auch in zahlreichen westlich orientierten Demokratien. Somit sind auch Migrantinnen und Migranten aus diesen Ländern von bestimmten Problemlagen betroffen.

3. Psychische Belastungen lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten

Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund sehen sich nicht selten einer belastenden psychischen Situation ausgesetzt: Der politische, kulturelle und kirchlich-religiöse Hintergrund in vielen Herkunftsländern bewertet Homosexualität oftmals wie oben beschrieben abwertend bis feindlich, Homosexualität wird entwertet bis hin zur Bedrohung mit der Todesstrafe. Diese ab- und entwertenden Haltungen haben die Betroffenen häufig auch selber verinnerlicht (internalisierte Homophobie) und müssen sich daher mit einer sowohl innerlich wie auch äußerlich bedrohlichen Lebenssituation auseinandersetzen, wenn sie ihre lesbische oder schwule Identität leben möchten.

In vielen Herkunftsländern gibt es keine Möglichkeit, Homosexualität offen zu leben. Öffentliche Einrichtungen für Lesbianen und Schwule sind nicht denkbar. Homosexualität muss im Verborgenen gelebt werden, häufig reduziert auf heimliche sexuelle und soziale Kontakte. Die Konfrontation mit einem relativ liberalen Lebensstil in Deutschland und die damit immer wieder auftretenden Berührungen mit dem Thema können diese Konfliktlage für die Betroffenen erheblich verschärfen.

Die Folgen dieser inneren Konflikte sind häufig, dass ein gelungenes Coming Out nicht möglich oder zumindest erschwert ist. Der Aufbau einer stabilen selbstachtenden schwulen oder lesbischen Identität bedarf eines hohen Kraftaufwands. Gelingt er nicht und können die inneren Konflikte nicht angemessen gelöst werden, kann dies zu psychischen Problemen führen.

4. Soziale Probleme lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten

Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund können bei einem Bekanntwerden ihrer Homosexualität in ihrer eigenen Bezugsgruppe in die Gefahr kommen, von Ausgrenzung bis hin zur Anwendung körperlicher Gewalt bedroht zu werden. Damit sind familiäre, soziale, kulturelle und sonstige unterstützende Bezüge gefährdet.

Eine Sozialarbeiterin aus einer Jugendeinrichtung für Jungen mit türkischen Eltern berichtet von einem 17-jährigen Jugendlichen, dem seine Homosexualität bewusst wird. Der Jugendliche wird auffällig, es bestehen suizidale Tendenzen. Er schafft es nach längerer Beratungsarbeit, sich der Sozialpädagogin anzuvertrauen. Er hat starke Ängste, aus seiner peer group ausgeschlossen zu werden, wenn die anderen Jugendlichen von seiner Homosexualität erfahren.

Gerade bei männlichen Jugendlichen beispielsweise türkischer Herkunft ist intensive körperliche nichtsexuelle Nähe zwischen Freunden ein übliches Phänomen. Dies ist für die Identitätsbildung männlicher Jugendlicher in der türkischen Kultur und die weitere Entwicklung der jungen Männer wichtig, darf aber nicht mit homosexuellen Tendenzen verwechselt werden.

Bei einem Bekanntwerden seiner Homosexualität wäre der Jugendliche vom Ausschluss aus seiner peer group und evtl. von Angriffen bedroht, der Zugang zum Sozialraum, in dem er lebt (Wohnumfeld, Schule, Familie, Freunde) wäre ihm mit großer Wahrscheinlichkeit verbart.

Lesbische Migrantinnen und schwule Migranten sind oft Grenzgänger zwischen verschiedenen sozialen Welten. Es muss ihnen gelingen, die sozialen und kulturellen Bezüge zu ihrer Herkunft wie zu ihrer aktuellen Lebenswelt zu sichern und auch ihre homosexuelle Identität in ihr soziales Leben so zu integrieren, dass dadurch die Grenze zu ihren sozialen Herkunftsbezügen nicht verschlossen wird. Wenn diese Integrationsleistung gelingt, verfügen die Betroffenen über vielfältige Ressourcen, zwischen diesen Welten übersetzen, vermitteln und Verständnis erzeugen zu können.

5. Situation innerhalb der schwullesbischen Gemeinden

Nicht verkannt werden darf, dass auch in Teilen der schwullesbischen Gemeinde abwehrende Haltungen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern ebenso vertreten sind wie in der Allgemeinbevölkerung. Zwar führt die Auseinandersetzung mit dem eigenen Fremdsein oftmals zu einer reflektierteren und offeneren Haltung, dies ist aber keine Gewähr dafür, dass tief verwurzelte Ängste vor dem Fremden nicht doch auf das eigene Verhalten wirken.

Hinzu kommt, dass die innerhalb einiger Migrationsgruppen vorhandene und publizierte Ablehnung von Homosexualität als Bedrohung der erkämpften Freiheit und als mangelnder Respekt gegenüber der eigenen Identität empfunden wird.

Dieses ausgeprägte „interkulturelle Spannungsfeld“ hat sowohl Einfluss auf das (Nicht-)Verhältnis zwischen schwullesbischen und Migrationsgemeinden als auch auf die Lebenssituation der betroffenen Migrantinnen und Migranten.

Schwule Migranten und lesbische Migrantinnen sind dadurch oft von Mehrfach-Stigmatisierungen betroffen.

Wird in ihren Herkunftsfamilien und -gruppen ihre Homosexualität nicht akzeptiert oder kann sie dort nicht thematisiert werden, führt dies zu einem Gefühl (und Zustand) des Ausgeschlossen-Seins bis hin zu Rückzug und Vereinsamung.

In der deutschen Mehrheitsgesellschaft unterliegen sie aufgrund ihrer abweichenden sexuellen Identität den damit verbundenen Stigmatisierungen ebenso wie den entsprechenden Mechanismen, die allgemein gegenüber Migrantinnen und Migranten bestehen (Fremdenfeindlichkeit).

Lesbische Migrantinnen sind zudem noch von den Benachteiligungsstrukturen betroffen, die in der deutschen Gesellschaft Frauen gegenüber wirken.

In der schwullesbischen Gemeinde wiederum gibt es für die besonderen Belastungen und Lebenssituationen von Migrantinnen und Migranten nicht immer Verständnis. Der Versuch, herkunftskulturelle Werte und Normen mit deutscher Lebensart zusammenzubringen, führt oft dazu, dass Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund einen eigenen, ihrer Lebenssituation entsprechenden Umgang mit ihrer Homosexualität entwickeln.

Leider wird dies zu selten als Leistung anerkannt sondern eher als rückständig belächelt.

Dies wird verstärkt, wenn eine nicht als selbstverständlich voraussetzbare Beschäftigung mit Werten, Normen und Geschichte anderer Kulturen fehlt, so dass lesbische Migrantinnen und schwule Migranten dann auch in den schwullesbischen Gemeinden fremd bleiben.

Leider muss das Angebot für diese Bevölkerungsgruppe in München als defizitär beschrieben werden. Derzeit bestehen Sprachzirkel für französisch und spanisch sprechende Lesben und Schwule (Sub e.V.), eine Gruppe für Griechinnen und Griechen (Ermis), ein Stammtisch für Lesben aus dem ehem. Jugoslawien (JugoLesbenStammtisch), eine Gruppe für Lesben mit Migrationshintergrund (LeTRa) sowie eine Gruppe für schwule, lesbische und bisexuelle Jüdinnen und Juden (Yachad). Die Sub-Beratungsstelle baut als erstes Migrationsprojekt derzeit eine interkulturelle Kochgruppe („Leckerbissen“) für Begegnung, Verständigung und soziale Integration auf.

6. Jugend, Gewalt und Stigmatisierung

Insbesondere männliche Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sind in ihrer Identitätsbildung und Männlichkeitsentwicklung vielfältigen Problemen ausgesetzt, deren Bewältigung die Jugendlichen oftmals überfordern und sie unter erheblichen psychischen Stress setzen. Dies gilt vor allem dann, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen benachteiligend sind und/oder wenn sie sich im Spannungsfeld zwischen den Werten und Normen der Herkunftskultur und der deutschen Kultur bewegen und keine Bewältigungshilfen erhalten.

Daraus entstehende Gewaltbereitschaft richtet sich auch gegen schwule und lesbische Menschen. So werden z.B. bekannte Treff-

punkte schwuler Männer aufgesucht und diese dort bedroht oder körperlicher Gewalt ausgesetzt. Offen erkennbare Lesben haben unter Beschimpfungen zu leiden, häufig wird ihnen unterstellt, „sie hätten nur noch nicht den richtigen Kerl abgekriegt“, wodurch ihre lesbische Lebensweise entwertet wird.

Schwule werden deshalb in herausgehobener Weise Opfer, weil ihre offen gelebte sexuelle Identität von den ohnehin in ihrer Geschlechterrollenidentität verunsicherten männlichen Jugendlichen als Angriff gegen die eigene Persönlichkeit erlebt werden kann. Die Abwertung und körperliche Demütigung von Schwulen dient dazu, quasi stellvertretend Ängste und Unsicherheiten bezüglich der eigenen Geschlechterrollenidentität abzuwehren (siehe auch: Informationsstelle Wissenschaft & Frieden Heft Nr. 11).

Gerade sozial und wirtschaftlich unsichere Lebensverhältnisse Jugendlicher können dazu führen, dass die subjektiv erlebte Bedrohung des eigenen Selbstwerts durch die Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen relativiert wird. Schwule und Lesben sind hier bevorzugte „Sündenböcke“, weil bei den Tätern antihomosexueller Gewalt die Vermutung besteht, das Lesben und Schwule sich nicht wehren und insbesondere nicht zur Polizei gehen werden, um bei einer Anzeige dort ihre Homosexualität nicht offenlegen zu müssen.

Die Beteiligung ausländischer Jugendlicher an antihomosexuellen Gewalttaten findet häufig besondere Aufmerksamkeit und Erwähnung. Dies führt dazu, dass sie als Haupttätergruppe vermutet werden, ohne dass dies im konkreten Einzelfall tatsächlich so sein muss. Diese „Täter-Vermutung“ ist – unabhängig davon, ob sie zutrifft oder nicht – für Lesben und Schwule mit eigenem Migrationshintergrund eine zusätzliche Belastung, da entstehende Vorbehalte gegen Migranten in der schwullesbischen Gemeinde letztlich auch sie betreffen.

7. Rechtliche Probleme

Beispielhaft für die oftmals schwierige rechtliche Situation werden hier zwei Problembereiche angeführt:

Asylbewerberinnen und -bewerber mit gleichgeschlechtlicher Identität sind besonderen Belastungen ausgesetzt. Geben sie als Asylgrund ihre Homosexualität an und würde das Asylersuchen trotzdem abgelehnt, müssten sie in einen Heimatstaat zurück, in dem dann schwerwiegende Strafen drohen. Hinzu kommt, dass das Offenbaren der eigenen Homosexualität gegenüber staatlichen Institutionen schwierig ist, da es mit der Angst vor den entsprechenden Repressionen verbunden ist, die die Behörden im Heimatstaat ausgeübt haben.

Dies kann dazu führen, dass Betroffene versuchen, andere Gründe für ein Asyl anzugeben, was dann ggf. nicht ausreichend ist, Asyl zu erhalten. Der eigentliche Asylgrund muss dann nachgeschoben werden. Zu bedenken ist auch, dass der Aufenthalt in Asylbewerberunterkünften unerträglich werden kann, wenn dort die Homosexualität bekannt wird. Dies führt zu Verschweigen und Tabuisieren, wodurch die Situation der Betroffenen noch schwieriger wird.

Im deutschen Lebenspartnerschaftsrecht sind nichtdeutsche gleichgeschlechtliche Partnerinnen/Partner von Deutschen insoweit benachteiligt, als die Lebenspartnerschaft im Gegensatz zur Ehe nicht vor der deutschen Auslandsvertretung geschlossen werden kann. Es muss dort vielmehr ein Visum zum Eingehen einer Lebenspartnerschaft beantragt werden, welches dann in den Pass eingetragen wird. Dies führt in vielen Staaten zu nicht kalkulierbaren Risiken.

Die – weniger riskante – Beantragung eines Besuchervisums scheitert nach Erfahrungen der Koordinierungsstelle immer wieder daran, dass aufgrund unsicherer Lebensverhältnisse im Herkunftsland die deutschen Auslandsvertretungen den Sichtvermerk verweigern.

„Peter J. (Name geändert), Mitarbeiter einer großen Münchner Firma, wendet sich mit folgendem Problem an die Koordinierungsstelle: Er ist beruflich häufig in einem Staat unterwegs, in dem Homosexualität unter schwerer Strafe steht. Dort hat er einen einheimischen Staatsbürger kennen gelernt und lebt seit Jahren eine heimliche Lieb-

schaft mit diesem. Nachdem sich die Beziehung als stabil erwiesen hat, entstand der Wunsch, in Deutschland zusammen leben zu wollen.

Um nach Deutschland einreisen zu können, benötigt sein Partner ein Visum. Das eigentlich richtige Visum „Einreisevisum zum Eingehen einer Lebenspartnerschaft“, auf welches ein Rechtsanspruch bestehen würde, kann nicht beantragt werden, da es in den Pass seines Freundes eingetragen werden würde. Dies könnte unüberschaubare Konsequenzen für ihn haben.

Ein Besuchervisum wird von der Auslandsvertretung jedoch aufgrund der unsicheren Rückkehrabsicht des Betroffenen in sein Heimatland verweigert.

Die Beziehung der beiden Männer ist an dieser Situation gescheitert, da durch einen Arbeitsplatzwechsel der Auslandsaufenthalt des Deutschen in diesem Land beendet wurde.“
(reales Fallbeispiel Koordinierungsstelle).

Gerade für Migrantinnen und Migranten aus unsicheren Herkunftsländern entsteht – sollte die Lebenspartnerschaft doch in Deutschland geführt werden können – ein deutliches Abhängigkeitsverhältnis zum deutschen Partner, da das Aufenthaltsrecht an die bestehende Lebenspartnerschaft gekoppelt ist. Im Falle der Trennung führt dies zu manchmal überaus schwierigen Lebenssituationen für die Betroffenen, da bei einer Rückkehr in diese Herkunftsländer mit Repressionen zu rechnen ist, wenn dort die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft bekannt wird.

8. Transgender und Migration

Die Gruppe transgener Migrantinnen und Migranten dürfte zahlenmäßig relativ klein sein, verdient aber besondere Aufmerksamkeit. Neben den oben beschriebenen Problemlagen sind sie oftmals von noch deutlicheren Stigmatisierungen und Ausgrenzungen betroffen und finden gleichzeitig deutlich weniger Unterstützungsmöglichkeiten vor.

Bei der Planung von Maßnahmen sollte soweit wie möglich und sinnvoll auch auf die speziellen Bedürfnisse der Transgender eingegangen werden.

„In vielen Ländern Lateinamerikas, hauptsächlich in Venezuela, Ecuador und Guatemala, werden Transsexuelle von der Polizei schikaniert, willkürlich verhaftet, gefoltert oder sie sterben unter mysteriösen Umständen in der Haft. Ihre bürgerlichen Rechte werden missachtet. Misshandlungen werden strafrechtlich nicht verfolgt oder sogar durch die Polizei selbst begangen. Selbst in einem Land wie Ecuador, in dem die Gleichheit aller Individuen unabhängig von der sexuellen Orientierung ausdrücklich in der Verfassung betont wird, werden ihre Rechte missachtet.“

(amnesty international, Journal Mai 2006)

9. Ausblick

Wünschenswert ist es, dass sich die Lebensbedingungen lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten verbessern und sich eine gegenseitig wertschätzende und akzeptierende Haltung zwischen Migrationsbevölkerung und schwullesbischer Bevölkerung entwickelt.

Hierzu sind Angebote und Maßnahmen auf verschiedensten Ebenen vorstellbar und notwendig, z.B.:

- zielgruppenspezifische Unterstützungsmöglichkeiten für betroffene Migrantinnen und Migranten
- Orte der Begegnung und Verständigung zwischen schwullesbischer und Migrationsbevölkerung
- Information und Fortbildung zu den Themen „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ und „Interkulturelle Verständigung“ in den Einrichtungen beider Bevölkerungsgruppen
- Angebote zur Gewaltprävention und Toleranzentwicklung im Jugendbereich

Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen wird sich in den nächsten Jahren gemeinsam mit der Lesbenberatungsstelle LeTRa und der Sub-Beratungsstelle für schwule Männer verstärkt diesem Thema widmen.

Dankeschön

Herzlichen Dank für Unterstützung und Anregungen an
Frau Diana Horn, Herrn Sascha Hübner, Herrn Sebastian Kempf,
Frau Koziol und Herrn Murat Ürün!



Vielfalt bereichert

München

Die Stadt für Lesben, Schwule und Transgender

- Information zur Lebenspartnerschaft
- Beratung für Beschäftigte der Stadt
- Fachberatung und Information
- Steuerungsunterstützung für OB und Stadtrat
- Projekte, Kampagnen, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit
- Fortbildungsmaßnahmen

Heike Franz
(089) 23000957
h.franz@muenchen.de

Andreas Unterforsthuber
(089) 23000942
a.unterforsthuber@muenchen.de

Angertorstraße 7 (Eingang Müllerstraße)
80469 München

Fax
(089) 23001982

Internet
www.muenchen.de/koordinierungsstelle

Öffnungszeiten
Aufgrund häufiger externer Termine
ist die Dienststelle nur unregelmäßig besetzt.
Wir bitten daher um telefonische
Terminvereinbarung.